

Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 60'442 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66704625
Ausschnitt Seite: 1/2

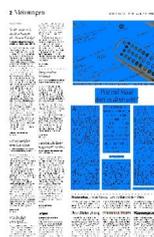


Für den Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter wäre der Gegenvorschlag zur No-Billag-Initiative ein guter Ansatz. Bild: Key

Wie viel Staat darf es denn sein?

Während der aktuellen Session werden einige Anliegen, die den Service public betreffen, diskutiert. So der Erhalt von privaten Bahnstationen, die Schliessung von Poststellen oder ganz aktuell die No-Billag-Initiative – die viel zu weit gehen würde.

VON THOMAS HURTER



Anliegen im Bereich des Service public zeigen immer wieder das Seilziehen zwischen Staat und privaten Unternehmen auf. Nehmen wir den Bericht des Bundesrates zum Service public aus dem Jahre 2000, dort steht folgende Definition: «Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.» Meines Erachtens eine sehr gut formulierte Definition, hinter der jede Frau und jeder Mann problemlos stehen kann. Schade ist einzig, dass nur von Infrastruktur gesprochen wird. So werden zum Beispiel die Energie oder die Luftfahrt als Teil des öffentlichen Verkehrs nicht erwähnt. Etwas einfacher formuliert, müsste es heissen: Der Staat erbringt dort die Leistung, wo sie nicht durch Private erbracht werden kann. Das öffentliche Interesse, die nationale Kohäsion oder der Umstand, dass eine Aufgabe per se nur durch die öffentliche Hand erbracht werden kann (z.B. Polizei, Justiz), sind die bestimmenden Faktoren.

Oft ist es aber auch so, dass eine ursprünglich durch den Staat erbrachte Service-public-Leistung durch technologische Entwicklungen plötzlich im Interesse der privaten Wirtschaft steht. Wenn wir zum Beispiel die Kommunikationsnetze der Swisscom nehmen, so haben wir heute in der Schweiz die weltweit höchsten Netzinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung, und manches europäische Land würde sich

eine solche Versorgung wünschen. Trotzdem sprechen wir praktisch nur von Roaminggebühren, die weiter gesenkt werden müssen, wir da aber leider fremdbestimmt sind. Dabei wird oft vergessen, dass nicht klassische Kom-

munikationsanbieter Konkurrenten werden (was nicht schlecht ist), sondern neue Internetgroszkonzerne wie Google oder WhatsApp, die unser gesamtes Leben immer mehr bestimmen und kontrollieren.

Bei den SBB geht oft vergessen, dass wir weltweit ein hervorragendes Netz haben, das wir weiter ausbauen. Gleichzeitig stehen wir vor einem riesigen Netzerhalt. Zu bedenken ist auch, dass jedes Bahnbillett mit mehr als 50 Prozent durch den Staat finanziert wird. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere gute Infrastruktur auf einem vernünftigen, aber auch zahlbaren Niveau behalten, damit der Service public auch finanzierbar bleibt. Bei der SRG diskutieren wir über überbezahlte Manager, über Fernsehsendungen und vor allem darüber, was die SRG mit den eingenommenen Gebühren alles zu tun hat. Da gehen die Meinungen weit auseinander. Dabei geht fast vergessen, dass auch die lokalen Medien von der Billag-Steuer profitieren. Den Initianten der No-Billag-Initiative muss man zugutehalten, dass dank ihnen eine Überprüfung der Leistungen gemacht wird. Daher wäre die Halbierungs-Initiative ein guter schweizerischer Kompromiss. Und bei der Diskussion um die Poststellen darf nicht vergessen werden, dass der Briefverkehr praktisch zusammengebrochen ist, sich aber neue Gebiete auftun, wie etwa die Paketpost.

Mann kann es drehen und wenden, wie man will. Wir müssen uns darauf einstellen, dass auch weiterhin Service public notwendig ist. Aber wir müssen auch bereit sein, neue Formen zu wählen, und davon wegkommen, dass es so, wie es immer war, auch bleiben muss. Der Service public muss finanzierbar bleiben. Die Schweiz soll weiterhin bei der Frage «Wie viel Staat darf es denn sein?» eine Vorreiterrolle spielen.

Thomas Hurter ist Schaffhauser SVP-Nationalrat.